

23/1/2026

Beschluss

Annahme mit Änderungen

Integration als gesamtstaatliche Aufgabe bündeln – Zuständigkeiten klären, Verfahren beschleunigen, Teilhabe sichern

Die SPD Brandenburg bekennt sich zu einer Integrationspolitik, die sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Integration als zusammenhängende staatliche Kernaufgabe begreift. Integration ist eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Der Bund wird aufgefordert, die bundesgesetzlichen Zuständigkeiten in der nächsten Legislaturperiode zu reformieren. Dazu gehören, dass:

Aufenthaltsrecht, Arbeitsmarktzugang, Integrationskurse und Anerkennungsverfahren systematisch aufeinander abgestimmt werden, Doppelstrukturen zwischen Bundesbehörden, Ländern und Kommunen abgebaut werden und bundeseinheitliche Verfahrensstandards eingeführt werden.

Der Bund soll die Zuständigkeiten für Integrationspolitik in der nächsten Legislaturperiode insbesondere zwischen:

- dem Bundesministerium des Innern,
- dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales,
- dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend,

in einem Integrationsministerium zusammenführen.

Integrationsleistungen des Bundes – insbesondere Sprach- und Integrationskurse – müssen:

- ausreichend finanziert,
- flächendeckend verfügbar,
- qualitativ gesichert,
- schneller zugänglich sein.

Der Bund wird aufgefordert, die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse zu beschleunigen und zu entbürokratisieren.

Bund und Länder sollen eine verbindliche Finanzierungsvereinbarung treffen, die Kommunen dauerhaft und planbar bei Integrationsaufgaben unterstützt.